



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Jürgen Baumgärtner, Alexander König, Jochen Kohler, Hans Ritt, Josef Schmid, Angelika Schorer, Thorsten Schwab, Klaus Stöttner, Martin Wagle CSU

Drs. 18/23636, 18/25275

ÖPNV und Schülerbeförderung sichern – Busunternehmen schnell unterstützen

Der Landtag stellt fest, dass sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Omnibusunternehmen in letzter Zeit, insbesondere durch die stark gestiegenen Kosten für Kraftstoffe, massiv verschlechtert haben.

Der Landtag fordert daher die Staatsregierung auf, folgende Maßnahmen zu ergreifen:

- Die Staatsregierung soll eine effizientere Unterstützung des allgemeinen öffentlichen Personennahverkehrs aus Landesmitteln durch eine dauerhafte Nutzung der Länderöffnungsklausel in § 64a Personenbeförderungsgesetz (PBefG), welche eine landesspezifische Regelung alternativ zur in § 45a PBefG geregelten Ausgleichspflicht ermöglicht, prüfen. Über die Ergebnisse ist dem Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr sowie dem Landtag zu berichten.
- Die Staatsregierung soll sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Steuerentlastung für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) nach § 56 Energiesteuergesetz (EnergieStG) temporär um wenigstens 30 Prozent erhöht und monatlich ausbezahlt wird.

Die Präsidentin

I.V.

Dr. Wolfgang Heubisch

VI. Vizepräsident